

http://www.tagesspiegel.de/berlin/zu-nah-am-wasser-gebaut/8425386.html

DER TAGESSPIEGEL

ERUM CAUSAS
COGNOSCERE

30.06.2013 00:00 Uhr

Berlin

Zu nah am Wasser gebaut

von [Stefan Jacobs](#) und [Annette Kögel](#)

Steigendes Grundwasser bedroht jetzt auch Berliner Wahrzeichen. Das Problem: Die Stadt verbraucht zu wenig.



Nicht nur Musike drin. Das Konzerthaus am Gendarmenmarkt gehört zu den prominentesten Opfern des steigenden Grundwassers. Es steht mitten im Urstromtal.
Foto: dpa - FOTO: DPA

Berlin - Es kriecht von unten heran und schädigt denkmalgeschützte Wahrzeichen, Kulturstätten und Privathäuser: Steigendes Grundwasser verursacht in Berlin Millionenschäden. Der „dramatisch ansteigende Grundwasserpegel ist auch ein hohes Risiko für private Haushalte und öffentliche Gebäude“, erklärte Finanzsenator Ulrich Nußbaum (parteilos). Auch diese Risiken müssten bei der Ausgestaltung eines bundesweiten Hochwasserfonds berücksichtigt werden.

Prominentestes Opfer ist derzeit das Rote Rathaus, dessen nasser Keller immer

wieder ausgepumpt werden muss. Insgesamt seien in Berlin aber mehr als 50 öffentliche Gebäude mit teils stadtweiter Ausstrahlung bedroht, darunter auch das Konzerthaus am Gendarmenmarkt, zudem Justiz- und Polizeidienststellen.

Das ergibt sich aus der Antwort der Finanzverwaltung auf eine parlamentarische Anfrage der CDU. Die Kosten gehen berlinweit in die Millionen. Betroffen sind nicht nur öffentliche Gebäude, sondern auch Tausende Berliner, deren Häuser in Zeiten niedrigerer Grundwasserstände errichtet und deshalb nicht ausreichend abgedichtet worden sind. Nun werden Mauern feucht und Keller nass. Besonders betroffen sind Wohngebiete wie das Rudower Blumenviertel, die Siedlungsgebiete im südlichen Marzahn-Hellersdorf sowie Teile von Spandau.

Neben dem denkmalgeschützten Regierungssitz stehen mehr als 50 weitere öffentliche Gebäude auf der Liste der Häuser mit bestehenden oder drohenden Nässeschäden. Darunter sind auch die Bezirksämter Reinickendorf und Mitte sowie das Finanzamt Treptow-Köpenick. Auch an Gebäuden von Polizei und Senatsverwaltung für Bildung sowie am Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg seien bereits Schäden zu erkennen.

In den vergangenen fünf Jahren seien für die Abdichtung von Gebäuden und die Beseitigung bereits eingetretener Schäden Kosten von fast vier Millionen Euro entstanden. Allein die Bezirksämter Neukölln und Reinickendorf rechnen für die nächsten zehn Jahre mit weiteren Kosten von fast 3,5 Millionen Euro. Die Nässe fügt dem Berliner Rathaus laut einer Sprecherin aber keine so großen Schäden zu, dass Baumaßnahmen nötig seien.

Die Dramatik der Lage rührt daher, dass sich der Wasserverbrauch seit 1989 etwa halbiert hat. Auf den massiven Einbruch durch den industriellen Niedergang direkt nach der Wende folgte die Verbreitung wassersparender Haushaltsgeräte und Armaturen. Wegen steigender Preise begannen die Bürger außerdem bewusst zu sparen, während es vor der Wende selbst in Neubauten teilweise gar keine Wasserzähler gab.

Zudem liegt Berlin in einem Urstromtal, an dessen Sohle das Wasser besonders dicht unter der Oberfläche steht. Das betrifft speziell die City, wo der Pegel nach der Wende für Großbaustellen wie den Potsdamer Platz massiv abgesenkt worden war und nun wieder ansteigt.

Die rot-schwarze Regierung hat sich eine Lösung des Problems in den Koalitionsvertrag geschrieben und einen runden Tisch zum Thema eingerichtet. Der hat dreimal getagt – und endete im Dissens zwischen Verwaltung und Betroffenen, wie ein Sprecher des Eigentümerverbandes VDBG sagt: „Aus unserer Sicht war das eine reine Alibi-Veranstaltung.“ Ein stadtweites Grundwassermanagement – also gezielte Förderung – gilt als unbezahlbar und wäre in der Innenstadt mangels Wasserwerken auch kurzfristig kaum machbar. Bisher wird nur an wenigen Stellen Wasser gefördert, um Gebäude trocken zu halten. Siemens bezahlt seit Jahren den Betrieb des Wasserwerks Jungfernheide, um sein Areal in Siemensstadt zu schützen. In Johannisthal zahlt das Land dafür, dass Wasser gefördert und in den Teltowkanal gepumpt wird. Der Senat sieht vor allem die Bürger in der Pflicht. „Es gibt kein Grundwasserproblem“, schreibt die Stadtentwicklungsverwaltung im Abschlussbericht zum Runden Tisch, „sondern ein Problem mit nicht fachgerecht abgedichteten Gebäuden“.